

Postulat Seraina Patzen (JA!) - übernommen durch Anna Leissing (GB): Ein mobiles Gesundheitszentrum in Bern!; Fristverlängerung

In der Stadtratssitzung vom 25. April 2024 wurde das folgende Postulat erheblich erklärt:

Eine gute medizinische Versorgung ist ein Recht, das allen Menschen zusteht. Trotzdem müssen viele Menschen Arztbesuche aus Kostengründen auf ein Minimum reduzieren und haben keinen oder nur einen sehr eingeschränkten Zugang zu medizinischer Versorgung. Dies, weil sie entweder keine Krankenversicherung haben oder aber die trotz Versicherung entstehenden Kosten nicht bezahlen können.

In vielen anderen Städten gibt es medizinische Versorgungsangebote für Menschen die aus unterschiedlichen Gründen keinen Zugang zu einer Gesundheitsversorgung haben. Hier bekommen obdachlose Menschen oder armutsbetroffene Menschen aber auch Sans-Papiers gratis eine medizinische Grundversorgung.

In der Stadt Zürich ist dafür beispielsweise der Stadtärztliche Dienst zuständig. Dieser betreibt zwei Ambulatorien, die einen «einen niederschweligen Zugang zu einer umfassenden medizinisch-sozialen Versorgung»¹ anbieten. Die Versorgungsangebote sind nach dem Prinzip der Subsidiarität angepasst. Der Stadtärztliche Dienst von Zürich ist zuständig für alle Fragen rund um die Gesundheitsversorgung in der Stadt sowie für Pandemien, Epidemien oder gesundheitsrelevante Veränderungen in der Stadt (z.B. aufgrund des Klimawandels: Hitzewellen, Tigermücken etc.).

Die Stadt Genf hat 1997 eine staatliche, spitalexterne, medizinisch-soziale und niederschwellig zugängliche Anlaufstelle geschaffen. Hierbei wurde ein dreistufiges Versorgungsmodell etabliert, welches sowohl die Gesundheitsversorgung der Sans-Papiers und anderen Menschen, welche aus verschiedenen Gründen nicht krankenversichert sind, als auch den effizienten Einsatz vorhandener Ressourcen garantiert.²

In Bern gibt es keine entsprechende Institution, die alle medizinischen Bereiche abdeckt. Der Gesundheitsdienst der Stadt Bern ist für die Gesundheitsversorgung von Kindern und Jugendlichen zuständig, nicht aber von Erwachsenen und die Schulzahnklinik versorgt zwar auch Erwachsene aber ist nur für Zahnmedizin zuständig. Ein mobiles Gesundheitszentrum könnte diese Lücke füllen und die medizinische Grundversorgung für Menschen ohne Krankenversicherung oder mit wenig Geld in Bern sicherstellen. Wir stellen uns vor, dass dieses Gesundheitszentrum wie eine mobile Hausarztpraxis funktionieren würde, die in allen Stadtteilen Halt macht und wo die Menschen einfach vorbeigehen könnten. In Fällen, wo eine weiterführende Behandlung nötig ist, würde das Gesundheitszentrum Patient*innen z.B. ans Ambulatorium des SRK weitervermitteln oder eine Kostengutsprache beim Schulzahnmedizinischen Dienst für eine Zahnbehandlung veranlassen. Das Zentrum würde damit auch eine Koordinationsfunktion zwischen bestehenden Gesundheitsberatungen und -angeboten in Bern wahrnehmen können und damit den Zugang zur Gesundheitsversorgung verbessern.

Wir fordern den Gemeinderat auf, ein Konzept für ein mobiles Gesundheitszentrum in Bern zu erarbeiten und umzusetzen und dem Stadtrat falls nötig einen entsprechenden Kreditantrag zu stellen.

¹ <https://www.stadt-zuerich.ch/gud/de/index/gesundheitsversorgung/medizin/sozialmedizin/medizinisch-soziale-ambulatorien.html> (12.01.2020)

² Siehe hierzu auch: Interfraktionelle Motion AL/GaP/PdA, GB/JA!, SP/JUSO, GFL/EVP, GLP/JGLP (Angela Falk, AL/Rahel Ruch, GB/Lena Sorg, SP/Michael Burkard, GFL/Peter Ammann, GLP): Die Stadt Bern soll Verantwortung im Bereich der medizinischen Grundversorgung von Sans-Papiers übernehmen: Für ein Pilot-Projekt nach Genfer Vorbild.

Bern, 21. Januar 2021

Erstunterzeichnende: Seraina Patzen

Mitunterzeichnende: Eva Krattiger, Nora Joos, Anna Leissing, Franziska Geiser, Ursina Anderegg, Rahel Ruch, Katharina Gallizzi, Regula Bühmann, Jelena Filipovic, Seraphine Iseli, Lea Bill

Bericht des Gemeinderats

Die angemessene medizinische Versorgung ist ein Grundrecht, das allen Menschen unabhängig von ihrer finanziellen Situation zustehen sollte. Tatsächlich gibt es aber auch in der Stadt Bern Menschen, die Arztbesuche aus Kostengründen auf ein Minimum reduzieren müssen oder gar keinen Zugang zur Gesundheitsversorgung haben. Zu diesen Gruppen gehören unter anderem Menschen ohne Krankenversicherung.

Der Gemeinderat teilt das Anliegen des Postulats, den Zugang zur medizinischen Grundversorgung in der Stadt Bern für besonders vulnerable Personengruppen zu verbessern. Die Planung und Umsetzung der medizinischen Versorgung fallen grundsätzlich in den Aufgabenbereich des Kantons. Mit einem niederschwelligen Angebot würde die Stadt Bern subsidiär unterstützend tätig.

In Bern gibt es aktuell keine Einrichtung, die eine umfassende medizinische Grundversorgung für Erwachsene in sozial und finanziell prekären Verhältnissen sicherstellt und diese bei Bedarf gezielt weitervermittelt. Aktuelle Angebote, wie das Ambulatorium für Folter- und Kriegsoffer des Schweizerischen Roten Kreuzes (SRK), decken nur einzelne Bereiche der medizinischen Versorgung ab. Der städtische Gesundheitsdienst ist in erster Linie für Kinder und Jugendliche zuständig, während Erwachsene nur für zahnmedizinische Anliegen durch die öffentliche Zahnklinik versorgt werden können. Ein mobiles Gesundheitszentrum könnte bestehende Versorgungslücken schliessen und Menschen ohne Krankenversicherung oder mit geringem Einkommen in Bern einen unkomplizierten Zugang zu einer Grundversorgung ermöglichen.

Darüber hinaus sieht der Gemeinderat in der Stadt Bern einen zunehmenden Bedarf an Massnahmen im Bereich Public Health, die die gesamte Bevölkerung betreffen. Der Klimawandel bringt Herausforderungen wie Hitzewellen, die koordiniert angegangen werden müssen. Die COVID-19-Pandemie und die Herausforderungen bei der Aufnahme einer hohen Zahl von geflüchteten Personen infolge des Ukrainekriegs haben zusätzlich verdeutlicht, dass die Stadt Bern bei der Unterbringung und medizinischen Versorgung vulnerabler Menschen eine zentrale Koordinationsfunktion übernehmen muss.

In Erfüllung des Postulats wird zurzeit eine umfassende Analyse der bestehenden Versorgungsstrukturen durchgeführt. Diese Analyse soll einerseits bestehende Angebote und Akteur*innen in der Stadt Bern erfassen und andererseits Versorgungslücken identifizieren und aufzeigen, welche Personengruppen in welchen Situationen (Pandemie, Flüchtlinge, Hitzewelle etc.) derzeit unzureichend versorgt sind. Basierend auf den Ergebnissen der Analyse wird ein Konzept entwickelt, das ein mobiles Gesundheitszentrum oder eine andere geeignete Form der Grundversorgung empfiehlt.

Folgende Aspekte sollen in der Ausarbeitung des Konzepts berücksichtigt werden:

- **Bedarfsgerechter, niederschwelliger Zugang zur medizinischen Versorgung** für vulnerable Bevölkerungsgruppen in allen Stadtteilen
- **Effiziente Nutzung bestehender Ressourcen** durch eine städtische Koordinationsfunktion und enge Zusammenarbeit mit den bestehenden Einrichtungen (z.B. SRK-Ambulatorium)
- **Erfüllung öffentlicher Gesundheitsaufgaben.**

Mit diesem zweistufigen Ansatz – umfassende Bedarfsanalyse und gezielte Konzeptentwicklung – sollen fundierte Grundlagen erarbeitet werden, wie eine nachhaltige und bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung für unterversorgte Bevölkerungsgruppen in der Stadt Bern sichergestellt werden kann.

Um eine sorgfältige Bearbeitung des Geschäftes zu gewährleisten, beantragt der Gemeinderat eine Fristverlängerung um ein Jahr bis Ende März 2026.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zum Postulat Seraina Patzen (JA!)
- übernommen durch Anna Leissing (GB): Ein mobiles Gesundheitszentrum in Bern!
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts bis 31. März 2026 zu.

Bern, 23. April 2025

Der Gemeinderat